

# „Das System kann so nicht weiterfunktionieren“

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Agnieszka Malczak sprach im Wieslocher Jugendzentrum über Generationengerechtigkeit

**Wiesloch.** (lr) Sie ist ehemalige Landesvorsitzende der Grünen Jugend, Sprecherin der Grünen für Abrüstungspolitik und seit 2009 Mitglied des Bundestages, wo sie auch im Verteidigungsausschuss die Politik mitgestaltet. Mit 26 Jahren ist Agnieszka Malczak mittendrin im politischen Geschehen. Auf Einladung des Ortsverbands der Grünen und des Landtagskandidaten Kai Schmidt-Eisenlohr sprach sie in Wiesloch im Jugendzentrum über Generationengerechtigkeit und diskutierte im Anschluss mit dem Publikum über ihre Erfahrungen und brisante Themen wie Bildungspolitik und über die Rolle der Jugend in der Politik.

„Mit den Entscheidungen, die wir heute treffen, gestalten wir die Welt von morgen“, leitete Agnieszka Malczak ihren Vortrag ein. „Deshalb sind wir auch heute verantwortlich für die Schulden von morgen.“ Der Schuldenberg von 1700 Milliarden Euro – plus 4000 Milliarden Euro an zukünftigen Rentensummen – sei zwar keine Neuigkeit und lasse sich nicht so einfach wegsparen, „aber trotzdem sieht man in Berlin nicht, dass sich Schwarz-Gelb mit dieser Frage wirklich auseinandersetzt. Dabei erkennt jeder, wenn er sich die demografische Pyramide ansieht, dass das System, wie es jetzt ist, so nicht weiterfunktionieren kann.“

Neben den finanziellen Lasten, die der heutigen und zukünftigen Jugend vom Staat aufgehalst werden, kommen



Auf Einladung von Grünen-Landtagskandidat Kai Schmidt-Eisenlohr war die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Malczak im Wieslocher Jugendzentrum zu Gast. Sie sprach über Generationengerechtigkeit. Foto: Pfeifer

für Malczak noch die ökologischen Bürden hinzu: „Ich habe gerade das Gefühl, wir zerstören unsere Lebensgrundlagen.“ Natürlich sei es das Ziel, den derzeitigen Lebensstandard zu halten, aber das gehe nur, ohne den Klimawandel noch zu verschlimmern, wenn auf erneuerbare Energien gesetzt würde. „Viele Jugendliche stellen mir auch Fragen wie: Wann strahlt der Atommüll, den wir lagern, denn eigentlich aus? Was gibt es für Lösungen? Und ich muss ihnen immer sagen, dass es dafür noch keine gibt. Schwarz-Gelb verdrängt das Thema und

subventioniert stattdessen weiter Konzerne, die auf Atomenergie setzen. Dabei sind Ökologie und Ökonomie nichts, was unvereinbar wäre.“ Gerade hinsichtlich der „klimaschädlichen Subventionen“ von insgesamt 48 Milliarden Euro, fragt sich Agnieszka Malczak, wie man der Bevölkerung andererseits immer wieder von Seiten der Politik erklärt, dass man an wichtigen Feldern wie der Bildung sparen muss. „Generationengerechtigkeit heißt für mich daher, dass man es schafft, über die aktuelle Legislaturperiode hinauszudenken“, meinte sie.

te Schritt, dass man bereits in Schulen und Universitäten mehr demokratische Mitbestimmung zulässt. Das Problem sei aber auch, dass Schülern und Studenten die Zeit genommen werde, sich überhaupt in irgendeiner Form für ihre Interessen stark zu machen. „Wie auch, wenn Studenten ihren Credit-Points hinterherhecheln müssen und schon in der Schule der Druck gemacht wird, sich für den richtigen Lebensweg zu entscheiden? Unsere derzeitige Politik in Baden-Württemberg ist leider keine, die ein gesellschaftliches Engagement fördert.“

Als weiteren wichtigen Punkt, um für Generationengerechtigkeit zu sorgen, sieht Agnieszka Malczak die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe von Jugendlichen. „Ich habe mir auch nicht gesagt, ich muss mit 25 Jahren im Bundestag sitzen, aber es gab immer schon Themen, für die ich mich stark machen wollte. Wie spannend kann Politik für Jugendliche aber sein, wenn in der Schule im Gemeinschaftskundeunterricht in der zehnten Klasse nur die Verfassungsorgane durchgekaut werden? Demokratie muss man leben!“ Um das zu erreichen, müsse man Jugendlichen aber auch zuhören und ihnen Beteiligungsrechte zugestehen. „Wenn die Politik das nicht schafft, macht sie es den Jugendlichen leicht, sich zurückzulehnen und sich nicht verantwortlich zu fühlen, frei nach dem Motto: Die hören ja eh nicht zu.“ Für Agnieszka Malczak wäre daher der erste Schritt, dass man bereits in Schulen